



N i e d e r s c h r i f t

11/019/2023

über die Sitzung **des Ortsausschusses Vörden**
am **Montag**, dem **21.08.2023**, von **19:00 Uhr** bis **20:50 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Thorsten Hölting

Ordentliche Mitglieder
Stefan Gröne
Heinz Heine
Matthias Loges
Christian Potthast
Mathias Schmidt

stellv. Mitglieder
Elmar Stricker

Ortsheimatpfleger/in
Karin Föckel

Protokollführer
Kai Schöttler

Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r
Marcus Kaiser

Ordentliche Mitglieder
Bernadette Niemeier
Dominik Wichmann

Zuhörer: 6
Presse: M. Schellenberg; NW

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Thorsten Hölting begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Einwendungen dagegen oder gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

2. Offene Punkte aus der letzten Sitzung

Thorsten Hölting berichtet über Probleme mit der Zustellung von Dokumenten, wie z.B. Einladungen und Protokollen, an die Ausschussmitglieder. Die Schwierigkeiten wären mittlerweile durch einen Zugang zum Ratsinformationssystem beseitigt worden.

3. Standortfrage für ein Flüchtlingsheim in Vörden

Thorsten Hölting stellt die Thematik anhand der für den Haupt-, Finanz und Bildungsausschuss gefertigten Vorlage 736/2023 (Anlage zum Protokoll) vor.

Abschließend verliest er die aktuellen Zahlen zur Flüchtlingssituation, Stand 14.08.2023.

Insgesamt leben im Stadtgebiet Marienmünster aktuell 158 Flüchtlinge, davon

- 79 Personen nach FlüAG (laufendes Asylverfahren und ukrainische Flüchtlinge)
- 74 Personen mit Wohnsitzauflage (Familiennachzug wird hierbei nicht berücksichtigt, da es sich nach der Definition nicht um Flüchtlinge handelt).
- 5 Personen mit einer Duldung

In den Wohnheimen der Stadt Marienmünster sind insgesamt 104 Personen untergebracht.

Noch aufzunehmende Personen (die Quoten werden wöchentlich aktualisiert)

- Quote Zuweisungen nach dem FlüAG: - 9 Personen
- Quote Zuweisungen von anerkannten Flüchtlingen (Wohnsitzauflage): - 80 Personen

Der Haupt-, Finanz- und Bildungsausschuss habe das Thema in seiner Sitzung vom 09.08.2023 diskutiert und zur Beratung an den Ortsausschuss Vörden verwiesen, um über die vier aufgezeigten Alternativen eines Standortes für eine weitere Unterkunft zu beraten.

Thorsten Hölting betont, dass eine Lösung für die Standortproblematik zwingend gefunden werden müsse, da die Schaffung weiterer Plätze unausweichlich sei. Es gehe hier nicht um das „ob“, sondern um das „wie“.

Folgende Standortalternativen stehen gemäß der Verwaltungsvorlage zur Debatte.

- Ein Grundstück am nordwestlichen Ortsrand von Vörden, unmittelbar südlich angrenzend an ein Regenrückhaltebecken (Gemarkung Vörden, Flur 5, Flurstück 83, siehe auch Karte im Anhang) wird derzeit als Weide genutzt, wäre aber voraussichtlich ohne zusätzliche Bauleitplanung und ohne Einschränkungen für den Standort einer Unterkunft geeignet. Das Grundstück befindet sich im Eigentum der Stadt Marienmünster.

- Zudem kommt eine Teilfläche oberhalb der Liegewiese des Hallenbades, angrenzend an das neu errichtete Holzhackschnitzelwerk, in Betracht (Gemarkung Vörden, Flur 11, Flurstück 283, siehe auch Karte im Anhang). Auch hier wäre voraussichtlich keine Änderung des Bebauungsplanes nötig. Ggfs. ist aufgrund des Heizkraftwerkes eine immissionsschutzrechtliche Betrachtung vorzunehmen. Das Grundstück befindet sich im Eigentum der Stadt.
- Es finden zudem derzeit Gespräche mit einem Eigentümer einer Bestandsimmobilie in Vörden statt, die für den Neubau abgerissen werden könnte. Hierzu können aber derzeit noch keine konkreten Angaben gemacht werden.
- Auch mit weiteren Eigentümern von Bestandsimmobilien sollen Gespräche geführt werden, sofern die Gebäude für einen Abriss geeignet sind und entsprechende Verkaufsabsichten bekannt werden.

In 2023 zur Verfügung stehende Mittel:

- 200.000 Euro unter der Investitionsnummer I-ÜH-00011, Bedarfsposition, um entweder eine Bestandsimmobilie kaufen, oder die Planung eines Neubaus abdecken zu können.
- Mit Bescheid vom 12.04.2023 hat die Stadt Marienmünster ferner 140.254,40 Euro für Umsetzung von Maßnahmen, die aus dem Sondervermögen „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ finanziert werden – Zweite Tranche – zugewiesen bekommen. Diese Mittel dienen der einmaligen Beteiligung des Landes an den Kosten der Kommunen für die Schaffung, Unterhaltung und Herrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete.

Kai Schöttler ergänzt, dass die angesprochenen Fördermittel von rd. 140.000 Euro zwingend bis zum 31.12.2023 auszugeben sind, ansonsten sind sie zurückzuzahlen.

Mathias Schmidt regt an, bei der Standortsuche für die Unterkunft auch andere Ortschaften einzubeziehen und die Fördermittel in die bestehenden Objekte der Stadt Marienmünster zu investieren, z.B. zur energetischen Ertüchtigung.

Christian Potthast berichtet von einer am Montag stattgefundenen Vorbesprechung der Mitglieder des Ortsausschusses. Er regt an, eine dezentrale Lösung zur Unterbringung durch den Ankauf von leerstehenden Bestandsimmobilien zu präferieren bzw. vorhandene Kapazitäten in städtischen Unterkünften auszubauen.

Elmar Stricker kritisiert, dass die Kommunen durch Land und Bund in dieser Thematik allein gelassen werden. Allein die Auszahlung einer geringen Menge von Fördermitteln reiche nicht aus, um der Problematik angemessen zu begegnen. Auch er befürwortet die Suche nach einer geeigneten Bestandsimmobilie sowie deren anschließenden Umbau. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte hält er im Falle der Liegewiese aufgrund der Nutzung durch Bürger, Förderverein des Hallenbades und ggf. Grundschule für ungeeignet. Im Falle des Standortes „Auf der Trift“ verweist er auf die Wasserproblematik und die ungeeignete Topographie durch die vorhandene Hanglage.

Der Ausschuss stimmt im Anschluss über die von Thorsten Hölting formulierte und den Ausschussmitgliedern ergänzte Beschlussempfehlung ab.

Kai Schöttler gibt zu bedenken, dass bei Berücksichtigung des so formulierten Beschlusses mithilfe der Fördermittel von 140.254,40 Euro keinerlei neue Plätze zur Unterbringung entstehen würden.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung soll mit Eigentümern von Bestandsimmobilien, bei denen entsprechende Verkaufsabsichten bekannt werden, Gespräche führen. Hierbei sind nicht nur für den Abriss und Neubau geeignete Gebäude in Betracht zu ziehen, sondern auch Objekte, die im derzeitigen Zustand genutzt werden können. Die Mitglieder des Ortsausschusses unterstützen die Verwaltung aktiv bei der Suche nach solchen Objekten. Auch Objekte in anderen Ortschaften, die für eine solche Nutzung in Frage kommen, sollen mit einbezogen werden. Ein Neubau auf einem der genannten Grundstücke (Liegewiese Hallenbad, neuer Standort „Auf der Trift“ gem. Beschlussvorlage Hauptausschuss) werden durch den Ortsausschuss Vörden abgelehnt. Die Fördermittel von 140.254,40 Euro sollen in die vorhandenen Immobilien der Stadt Marienmünster investiert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4. Verkehrssituation in der Straße „Angerberg“

Thorsten Hölting führt aus, dass er das Thema auf Anregung der Anlieger erneut aufgenommen hat. Die Anwohner fühlten sich bei der Problematik nicht angemessen einbezogen. Es wären Parkplätze durch Parkverbote entfallen, die durchgeführten Änderungen würden jedoch nicht kontrolliert.

Elmar Stricker plädiert für eine praxistauglichere Lösung der Parkplatzproblematik.

Mathias Schmidt regt an, mit Straßen NRW erneut Gespräche zu führen und einen besseren Kompromissvorschlag zu erarbeiten.

Um die im Zuschauerraum befindlichen Anlieger anzuhören, unterbricht der Vorsitzende die Sitzung von 19.40 Uhr bis 19.45.

Anschließend wird die ausgearbeitete Beschlussempfehlung zur Abstimmung gebracht.

Beschlussempfehlung:

Der Ortsausschuss Vörden empfiehlt der Verwaltung, bis zum 31.10.2023 Gespräche mit den Anliegern und Straßen NRW zu führen und einen Kompromissvorschlag zu erarbeiten. Die Mitglieder des Ortsausschusses unterstützen hierbei aktiv.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5. Verwendung der Spielplatzpauschale

Thorsten Hölting führt aus, dass zur Finanzierung der Anschaffung von Spielgeräten eine Spielplatzpauschale eingeführt worden sei. Dies sei erfolgt, um die bisher geübte Praxis bei der An-

schaffung von Spielgeräten gerechter zu gestalten und jedem Ort einen bedarfsgerechten, nach der Anzahl der Kinder ermittelten Anteil zukommen zu lassen.

Die Ortschaft Vörden hätte für 2023 3.724 Euro zugewiesen bekommen.

Er berichtet, dass die Mitglieder des Ortsausschusses sich bei ihrem Treffen am Montag grundsätzlich über die Verwendung der Spielplatzpauschale vorberaten wollten. Hierzu sei es aufgrund der dringlicheren Problematik des Standortes der Flüchtlingsunterkunft jedoch nicht gekommen.

Mathias Schmidt kritisiert die Spielplatzpauschale grundsätzlich. Aufgrund der geringen jährlichen Summen sei es insbesondere für kleinere Ortschaften nahezu unmöglich, die hohen Anschaffungskosten eines Spielgerätes zeitnah aufzubringen. Im umgekehrten Falle sei die Pauschale mitunter nicht bedarfsgerecht, da bereits Aufwand generiert würde, wenn noch gar keine Anschaffung anstehe. Nicht zuletzt sei der bürokratische Aufwand in Verbindung mit der Spielplatzpauschale zu hoch. Die jetzige Situation sei jedoch im Sinne der Ortschaft Vörden zu nutzen und der Tagesordnungspunkt nach einer erfolgten Bereisung der Spielplätze in einer der nächsten Sitzungen zu besprechen.

6. Maßnahmen für den Haushalt 2024

Nach erfolgter Diskussion werden folgende Maßnahmen zur Aufnahme in den Haushaltsplan 2024 durch den Ortsausschuss Vörden abgestimmt und empfohlen:

- Gangbarmachung der Tore am Friedhof
einstimmig
- Ausbesserung des Pflasters im Bereich am Kump
einstimmig
- Erneuerung der Brücke am Schützenplatz
einstimmig
- Erneuerung des Weges im Schlossgarten
einstimmig
- Befestigung der Fläche auf dem Wanderparkplatz im Bereich der Container
einstimmig bei einer Enthaltung
- Neugestaltung der Blumenbeete am Hallenbad
einstimmig

7. Verwendung der Ortspauschale

Thorsten Hölting stellt vor, dass die Ortschaft Vörden die zur Verfügung stehenden Mittel der Ortspauschale bisher nur in kleineren Summen verausgabt hat, die Mittel jedoch teilweise verplant sind.

So wären 10.000 Euro für den SV Vörden vorgesehen, 2.500 Euro für das im nächsten Jahr stattfindende Ortsjubiläum, kleinere Beträge für Bänke und einen Gießkannenhalter am Friedhof.

Matthias Schmidt plädiert dafür, einen gewissen Betrag bei Bedarf der sich gründenden Jugendgruppe zur Verfügung zu stellen und erhält die allgemeine Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Nachrichtlich: Der aktuelle Stand der Ortspauschale Vörden beträgt 34.982,05 Euro.

Elmar Stricker appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, häufigeren Gebrauch von den Mitteln zu machen. Die Einführung der Ortspauschale sei seinerzeit umstritten gewesen, biete den Orten jedoch die Möglichkeit, selbstständig und basisdemokratisch zu handeln.

8. Mitteilungen und Anfragen

8.1. Schiedsperson für den Schiedsbezirk I - Vörden

Kai Schöttler teilt seitens der Verwaltung mit, dass im Schiedsbezirk I – Vörden mit den Ortschaften Altenbergen, Bremerberg, Eilversen, Großenbreden, Hohehaus, Kleinenbreden, Löwendorf und Vörden das Amt der Schiedsperson neu zu besetzen ist.

Die zurzeit stellvertretende Schiedsperson Ingo Kortmann, wohnhaft Christoph-Völker-Str. 5, Leiter der Schule an den Linden in Vinsebeck, habe sich bereit erklärt, das Amt der Schiedsperson für den Schiedsbezirk I - Vörden zu übernehmen.

Die Wahl solle in der Sitzung des Rates am 20.09.2023 durchgeführt werden.

Die nunmehr auch vakant gewordene Stelle der Stellvertretung solle wechselseitig mit dem Schiedsbezirk III – Kollerbeck, mit den Ortschaften Born, Münsterbrock, Papenhöfen und Kollerbeck, durchgeführt werden. Hier sei Irmhild Lohöfer als Schiedsperson vorgesehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und drückt seine Zustimmung aus.

8.2. Tagungsort des Ortsausschusses

Christian Potthast erkundigt sich, ob, wie bereits angedacht, zur Unterstützung der örtlichen Gastronomie die nächsten Sitzungen des Ortsausschusses dort stattfinden könnten. Dies ist grundsätzlich möglich, so der Vorsitzende Thorsten Hölting.

9. Fragen von Einwohnern

9.1. Zentrale und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten

Ein Mitglied der Flüchtlingsinitiative, welches sich unter den Zuhörern befindet, erkundigt sich nach zentraler und dezentraler Unterbringung und führt ergänzend aus, dass eine integrative dezentrale Unterbringung in Wohngruppen stattfinden kann und sich derartige Gebäude durchaus harmonisch ins Ortsbild einfügen.

9.2. Verkehrssituation von Geflüchteten

Das Mitglied der Flüchtlingsinitiative erkundigt sich weiter, ob bei der in der Sitzung diskutierten Unterbringung in einer anderen Ortschaft Spezialverkehr eingerichtet würde, um den Geflüchteten zu ermöglichen, tägliche Besorgungen etc. zu erledigen. Ein über die bestehenden Verbindungen hinausgehender Spezialverkehr sei nicht vorgesehen, so der Vorsitzende Thorsten Hölting.

gez. Thorsten Hölting
Vorsitzende/r

gez. Kai Schöttler
Protokollführer/in